Aus den Verhandlungen des schweiz. Bundesrathes.

(Vom 11. Mai 1877.)

Der Bundesrath hat sich veranlaßt gesehen, an die Regierungen der im eidgenössischen Forstgebiet liegenden Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Appenzell A. Rh., Appenzell I. Rh., St. Gallen, Graubünden, Tessin, Waadt und Wallis das folgendes Kreisschreiben zu erlassen:

„Getreue, liebe Eidgenossen!

„Wir wurden kürzlich auf einen Punkt des Bundesgesetzes, betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge, vom 24. März 1876, aufmerksam gemacht, welcher zu Zweifeln Veranlaßung gibt und verschieden ausgelegt werden kann. Es handelt sich um die Wechselbeziehungen zwischen dem Artikel 3, Absatz 2 (franz. Text 3) und dem Artikel 20.

„Absatz 2 (im franz. Text 3) des Artikels 3 lautet:

„Auf Privatwaldungen, welche nicht unter den Begriff der „Schuzwaldungen fallen, sind nur die Artikel 11, 14 (Lemma 2, 3, 4), „15, 20 und 27 (Ziffer 2, 4, 8, 9) anwendbar.“

„Artikel 20 sagt:

„In diesen Waldungen sind die üblichen Nebennutzungen, welche „die Waldwirthschaft beeinträchtigen, wie namentlich der Weidgang jeglicher Viehgattung und das Streusammeln, auf bestimmte „Flächen zu begrenzen oder zeitweilig einzustellen oder ganz aufzuheben.“

„Da nun aber der dem Artikel 20 vorausgehende Artikel 19, auf welchen sich die Worte: „in diesen Waldungen“ beziehen, nur von Schuzwaldungen handelt, so wurden Zweifel darüber laut, ob der Artikel 20 im zweiten (im franz. Text dritten) Absatz des Artikels 3 richtig angeführt sei und ob dessen Bestimmungen wirklich auch auf Privatwaldungen, die nicht den Charakter von Schuzwaldungen tragen, angewandt werden sollen.

„Um uns in dieser Frage, welche große praktische Bedeutung hat, Klarheit zu verschaffen, haben wir die betreffenden Protokolle der gesetzgebenden Räthe verglichen und dabei constatirt:

1. daß dem Artikel 20 fast während der ganzen Dauer der Verhandlungen über das Gesetz folgender Artikel (19) vorangestanden:
 „Alle Blößen und Schläge im eidgen. Forstgebiet „müssen beförderlichst wieder aufgeforstet werden“;
2. daß dieser Artikel 19, wie auch der Artikel 20, im Artikel 3, Absatz 2 (franz. 3) citirt waren;
3. daß der Ständerath in seinen letzten Berathungen beschlossen hat, den damaligen Artikel 19 in den Artikel 11, Absatz 1 aufzunehmen, welcher hiedurch seine gegenwärtige Fassung erhalten hat und zu gleicher Zeit im Artikel 3, Absatz 2 (franz. 3), die Anführung des erwähnten Artikels 19 fallen zu lassen, während die Citation des Artikels 20 beibehalten wurde, eine Abänderung, welche vom Nationalrath angenommen wurde;
4. daß dabei übersehen wurde, die Redaktion des Artikels 20, welcher jetzt hinter den frühern Artikel 18 (jetzt 19) zu stehen kam und welcher letzterer Artikel nur von Schutzwaldungen handelt, seiner neuen Stellung entsprechend zu ändern;
5. daß ein Artikel 14^{bis}, welcher in Folge der Verhandlungen als Artikel 15 eingeschaltet wurde, den früheren Artikel 18 zum Artikel 19 verschob, so daß Artikel 20 bei Festsetzung der definitiven Reihenfolge der Artikel seine Ziffer beibehielt.

„Hiernach ergibt sich unzweifelhaft, daß Artikel 20 in der That auch auf diejenigen Privatwaldungen anwendbar ist, die nicht zu den Schutzwaldungen gehören, und daß die Anführung des Artikels 20 im Artikel 3, Absatz 2, richtig ist.

„Indem wir Sie von Obigem zum Verhalt in Kenntniß setzen, benutzen wir den Anlaß, um Sie, getreue, liebe Eidgenossen, sammt uns in Gottes Machtzuschutz zu empfehlen.“

Um den Artikeln 31, 34 und 36 des Bundesgesetzes über Civilstand und Ehe, betreffend die Fristen für Ausstellung der Verkündscheine, genaue Nachachtung zu verschaffen, beschloß der Bundesrath, an sämtliche eidgenössische Stände das nachstehende Kreisschreiben zu erlassen.

„Getreue, liebe Eidgenossen !

„Anlässlich eines Spezialfalls mußte sich der Bundesrath davon überzeugen, daß die in den Artikeln 34 und 36 des Bundesgesetzes über Civilstand und Ehe vom 24. Dezember 1874 vorgesehenen Fristen für Ausstellung der Verkündscheine von den Civilstandsbeamten mehrerer Kantone nicht genau beobachtet worden sind. So scheint es bei einigen Beamten Uebung zu sein, den nach Artikel 34 auszustellenden Verkündschein schon im Laufe des zehnten Tages nach der Verkündung (und nicht erst nach vollem Ablauf der zehn Tage) aushinzugeben.

„Diese Uebung ist eine unstatthafte und könnte zu ernstlichen Anständen führen in Fällen, wo erst in der letzten Stunde des zehnten Tages eine Einsprache erfolgen würde, nachdem die Bescheinigung schon ausgefertigt worden.

„In Bezug auf Artikel 36 hat sich die Meinung verbreitet, daß, sobald alle Verkündscheine eingegangen sind, die Trauung vor sich gehen dürfe, selbst wenn die 14tägige Frist noch nicht abgelaufen ist. Auch solches ist unstatthaf, und es hat vielmehr, da das Gesetz keine andern Ausnahmen als diejenige bei Todesgefahr (Artikel 37, Absatz 2) vorsieht, eine strenge Einhaltung der 14tägigen Frist zu gelten.

„Beim gleichen Spezialfalle hat sich herausgestellt, daß einzelne Civilstandsbeamte den Parteien die an andere Beamte gerichteten Verkündbegehren zuhanden der letzteren zustellen. Dieses Verfahren ist im Widerspruche mit Artikel 31, Absatz 1, welcher verlangt, daß der Civilstandsbeamte den Verkündungsakt von Amtes wegen selbst den schweizerischen und ausländischen Civilstandsbeamten, in deren Kreisen die Verkündung ebenfalls stattfinden soll, übermittle.

„Da die Außerachtlassung der betreffenden Gesetzesvorschriften im fraglichen Falle zu ernsten Anständen geführt hat, so glauben wir, Sie einladen zu sollen, die Civilstandsbeamten Ihres Kantons an die genaue Beobachtung der Artikel 31, 34 und 36 des in Rede stehenden Bundesgesetzes zu mahnen, und benutzen gleichzeitig den Anlaß, Sie, getreue, liebe Eidgenossen, sammt uns in den Schutz des Allmächtigen zu empfehlen.“

Der Bundesrath ernannte vier Adjutanten für Trainbataillone, und zwar :

zum Bataillon	II :	Hrn. Lieutenant	Alphonse Girardet, in Bern;	
„	„	IV :	„	Hans Sutermeister, in Luzern;
„	„	V :	„	Wilh. Fürholz, in Solothurn;
„	„	VII :	„	Theophil Kunz, in Luzern.

Der Bundesrath hat dem Hrn. Major Girtanner die von ihm wiederholt nachgesuchte Entlassung von seiner Stelle als Stellvertreter des Feldlazarethchefs VII gewährt, unter Verdankung der von ihm geleisteten Dienste, und denselben unter die Offiziere des Artikels 58 der eidg. Militärorganisation eingereiht.

Vom Bundesrathe sind gewählt worden :

(am 14. Mai 1877)

als Posthalter in Kölliken :	Hr. Rudolf Matter-Lüscher, Uhrenmacher, von und in Kölliken (Aargau);
„ Postkommis in Außersihl :	Jgfr. Marie Amberg, Postaspirantin, von Bachs (Zürich), in Außersihl bei Zürich;

(am 16. Mai 1877)

als Postkommis in Basel :	Jgfr. Elise La Nicca, Postaspirantin, von Sarn (Graubünden), in Basel;
„ Telegraphistin in Hergiswyl :	„ Hedwig Blättler, von und in Hergiswyl (Nidwalden);
„ „ „ St. Gallen :	„ Sophie Nägeli, Telegraphen- aspirantin, von und in Altnau (Thurgau);
„ „ „ Bäch :	„ Louise Häfliger, von Freienbach, in Bäch (Schwyz);

(am 18. Mai 1877)

als Postbüreauchef in Zürich :	Hr. Adolf Höhn, von Wädensweil, bisher Postkommis in Zürich.
--------------------------------	--

Aus den Verhandlungen des schweiz. Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1877
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	23
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.05.1877
Date	
Data	
Seite	758-761
Page	
Pagina	
Ref. No	10 009 565

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.